

nis“ und umfaßt vier Arbeitsgruppen: Die Kommission „Glauben und Kirchenverfassung“, die Kommissionen „Weltmission und Evangelisation“, „Kirche und Gesellschaft“ sowie „Dialog mit den Glaubenden unserer Zeit“. Sehr kompliziert wirkt der Vorschlag, daß die Arbeitsgruppen einem gemeinsamen Ausschuß verantwortlich sind, der sich aus 12 Vertretern der Arbeitsgruppen und 30 Mitgliedern des Zentralausschusses zusammensetzt. Die Mitarbeiter einer Einheit werden auf kollegialer Basis zusammenarbeiten unter der turnusmäßigen Leitung eines der Arbeitsgruppenleiter. Die Bezeichnung „Einheit“ sei nur als Arbeitstitel gedacht.

Die zweite Einheit soll sich aus „Gerechtigkeit und Dienst“ konzentrieren mit folgenden vier Arbeitsgruppen: die Kommission „Kirchlicher Entwicklungsdienst“, die Kommission „Internationale Angelegenheiten“, die Kommission „Programm zur Bekämpfung des Rassismus“ und die Kommission „Zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst“. Es wird hinzugefügt, daß das Programm für internationale Angelegenheiten und das Rassismusprogramm „mehr Freiheit und Eigenständigkeit“ erfordern, während Kirchlicher Entwicklungsdienst wie auch die Abteilung Zwischenkirchliche Hilfe „administrativ unabhängig sein müssen“.

Die dritte Programmeinheit befaßt sich mit „Bildung und Kommunikation“. Die Einzelheiten der Verteilung der „Interessenvertreter“ werden immer komplizierter, so daß wir sie hier übergehen können. Alles zusammen wird „Vereinfachung der vertikalen Struktur“ genannt. Aber die horizontale Struktur sei ebenso wichtig. Auch sie müsse erneuert werden. Die Arbeit des Ökumenischen Rates sei ein Ganzes. „Einheit, Mission und Erneuerung sind Dimensionen, die zu allen drei Einheiten gehören.“ Koordination gilt als die Hauptaufgabe. „Der Generalsekretär und sein Stellvertreter stehen dort, wo horizontale und vertikale Dimension sich kreuzen.“ Die Autoren der Planung empfinden selber, daß dies alles doch recht vage ist. Sie geben daher unumwunden zu, daß „dieser Plan eine von mehreren Möglichkeiten ist . . . Es hätte auch anders sein können.“ Vielleicht kommt es auch noch ganz anders. Denn schon werden Wünsche der Abteilungen

laut, die in eine andere Richtung zielen und eine „andere Mischung“ wollen, anscheinend auch deshalb, weil sie mit der Brisanz des Rassismusprogramms nichts zu tun haben möchten.

Kritik an den Mitgliedskirchen

Das Problem einer besseren Aufschlüsselung der Vertreter der Mitgliedskirchen unter den Delegierten der *Vollversammlung* wurde „mit Hilfe eines UN-Statistikers gelöst“. Aber da ist noch das andere Problem, „wie sich das Volk Gottes an dem Ereignis einer Vollversammlung beteiligen kann“. Sogar das berühmte zweite Kapitel von „Lumen gentium“ wirkt sich hier aus. Man will ihm damit beikommen, „bei der nächsten Vollversammlung das Besucherprogramm in das der Vollversammlung selbst zu integrieren“. Die „Besucher“, um die es da geht, sind weitgehend die opponierende Jugend, die sich in Uppsala kräftig zu Wort gemeldet hat. Sodann soll der geschäftliche Teil drastisch gekürzt,

Konflikt zwischen EKD und Weltkirchenrat unbereinigt

Nachdem in den letzten Wochen die Diskussion um das Rassismusprogramm des Weltrates der Kirchen in den verschiedenen Synoden und außersynodalen Gruppen hin und her wogte, ohne daß eine gemeinsame Stellungnahme in Sicht kam, fand am 1. und 2. Dezember 1970 in München endlich die vorgesehene Aussprache zwischen Generalsekretär *E. C. Blake* und seinem reich vertretenen Mitarbeiterstab auf der einen und Landesbischof *Dietzfelbinger* als Vorsitzender des Rates der EKD-West statt, auch er von maßgebenden Kirchenführern unterstützt. Blake wurde begleitet von *E. Payne* (London), einem der Präsidenten des Weltrates, ferner von *L. Vischer*, dem Leiter von Faith and Order, *Ph. Potter*, Leiter der Abteilung Weltmission, *Fr. Northam* (Finanzen), dem Direktor des „Programms zur Bekämpfung des Rassismus“, *B. Sjollema*, ferner dem Afrikareferenten *B. Carr*, dem Generalsekretär der Allafrikanischen Kirchenkonferenz, Pfarrer *S. H. Amisab* (Nairobi), und von *N. Shamyarira* als Sprecher der

dafür aber „der Gottesdienst in den Mittelpunkt gerückt“ werden in einer Form — das ist das heißeste Eisen —, „die die ökumenische Verpflichtung der Mitgliedskirchen wirklich zum Ausdruck bringt“. Offenbar will man über die sog. „offene Kommunion“ der einladenden Kirche hinausgehen.

Zum Schluß heißt es: „Die Umstrukturierung ist ein frustrierendes Problem . . . Die Mitgliedskirchen sind zwar an einer Strukturverbesserung interessiert, aber unfähig, die Details eines neuen Planes zu beurteilen.“ Für diese Verurteilung werden sie sich vermutlich revanchieren. Über eine sinnvolle Weiterarbeit der ebenfalls gewachsenen Organe der Zusammenarbeit mit entsprechenden des Vatikans, also SODEPAX und „Gemeinsame Arbeitsgruppe“ mit ihren vielen Verzweigungen und Verantwortungen vermißt man jedes Wort, obwohl es sich nicht leugnen läßt, daß hier die großen gemeinsamen Probleme der Christenheit behandelt werden, die eine Strukturreform nicht übergehen kann.

rhodesischen „Zimbabwe African National Union“, einer der 14 afrikanischen Befreiungsbewegungen, die unterstützt werden sollen. Neben *Dietzfelbinger* saßen hinter verschlossenen Türen des bayerischen Landeskirchenrates Bischof *H. O. Wölber* (Hamburg), entschiedenster Gegner des Blake-Programms, Präses *H. Thimme* (Bielefeld), Vorsitzender der EKD-Kammer für kirchlichen Entwicklungsdienst, ursprünglich Förderer der Genfer Rassismuspolitik, ferner die Bischöfe *Fr. Hübner* (Kiel) und *H. Kunst* (Bonn) sowie Vizepräsident *A. Füllkrug* als stellvertretender Vorsitzender der Arnoldshainer Konferenz (epd, 1. 12. 70).

Intervention von Bundesminister Eppler

Am Tage vor Beginn dieser offenbar heißen Aussprache gab Bundesminister *E. Eppler* in einem Interview mit dem „Evangelischen Presse-dienst“ den deutschen Unterhändlern eine gewisse Hilfestellung. Er wür-

digte zwar die gute Absicht des Ökumenischen Rates, antirassistische Organisationen zu unterstützen, übte aber Kritik an der Form der Durchführung. Die Bundesregierung könne sich auf keinen Fall beteiligen, da sie nur mit Regierungen zusammenarbeitet. Daher gebe sie auch keine Entwicklungshilfe an Kolonien. Eine Unterstützung von Befreiungsbewegungen sei ihr nicht möglich. Aus naheliegenden Gründen konnte Eppeler keine Stellung nehmen zum Prinzip, ob sich die Kirchen durch Finanzhilfe an der „Umverteilung der Macht“ in der Dritten Welt beteiligen können. Er sprach nicht als theologischer Laie, sondern als Minister (epd, 1. 12. 70).

Auf die Beratungen in München konnte es keinen Einfluß mehr haben, daß der Erzbischof von Canterbury, *M. A. Ramsey*, auch ein Gegner der Politik Blakes, als Ergebnis seiner Visitationsreise in Südafrika von Kapstadt aus das Resümee seiner Eindrücke dahin zusammenfaßte: es sei nicht mehr viel Zeit, um einer gewaltsamen Revolution zuzukommen. Die Apartheid sei und bleibe ein Unrecht. Nur meinte Ramsey, die Kirchen im Lande selbst müßten ihr Widerstand entgegensetzen.

Nur Andeutungen

Über die Verhandlungen in München war amtlich nicht mehr zu erfahren, als was die Vertreter der verschiedenen Richtungen in einer Pressekonferenz und zwei „Zwischenberichten“ mitgeteilt haben (epd, 2. 12. 70). Ein gemeinsames Kommuniqué gab es nicht, eine Bestätigung dafür, daß kein Ergebnis erzielt wurde. Das nächste Gespräch soll im Februar 1971 erfolgen, nachdem die Angelegenheit im Januar in Addis Abeba vor den Zentralaussschuß des Weltkirchenrates gekommen ist (vgl. ds. Heft, S. 11). Nach den kurzen Erklärungen der Kontrahenten ergibt sich als *gemeinsame Überzeugung*, „daß eine noch stärkere Beteiligung der Christen am Kampf gegen rassistische Unterdrückung in allen Teilen der Welt notwendig sei“. Auch wurde die Aktion der Genfer Zentrale begrüßt, soweit sie mit Gewißheit nur humanitären Zwecken diene. Landesbischof Dietzfelbinger resümierte als Standpunkt der EKD-West, die „gute Aussprache“ habe nicht alle Kontroversen ausräumen können. Zwar sei das innerdeutsche

Gespräch auf den ökumenischen Horizont erweitert und das Anti-Rassismus-Programm in den Rahmen des Gesamtprogramms gestellt worden, doch seien die Fragen der *Gewalt* und der *Gewaltlosigkeit* unbeantwortet geblieben.

Weitere „umfassende Maßnahmen“

Generalsekretär *Blake* bedauerte, daß die Münchner Konsultation nicht zu „substantiellen Aussagen“ geführt habe. In der Frage der Gewaltanwendung sei man „weder praktisch noch theologisch zu einer Übereinstimmung gekommen“. Er setzt seine Hoffnungen auf die Fortführung der Diskussion in Deutschland und beteuerte, der Ökumenische Rat suche auf dem Boden des Evangeliums (kalvinistisch verstanden) „eine Veröhnung, die auf Gerechtigkeit gegründet“ sei. Man werde versuchen, die verschiedenen Gruppen an den Verhandlungstisch zu bringen, die sich mit Gewalt begegnen. Die Gewalt, so betonte er, sei nicht die zentrale Frage des Anti-Rassismus-Programms, sie sei in Deutschland dazu gemacht worden. Er ging aber nicht auf den wunden Punkt der kommenden Strukturreform für den Weltrat ein, die seine Stellung erheblich stärken und die Konfessionellen Weltbünde an den Rand spielen würde, ausgenommen den Reformierten Weltbund, da die wichtigsten Ämter des Weltrates von Reformierten besetzt sind und beherrscht werden. Der ebenfalls in München anwesende Vizepräsident des Landeskirchenamtes in Stuttgart, *R. Weeber*, gab gewissermaßen eine Kompromißerklärung ab. Er hielt eine Beteiligung am Gesamtprogramm gegen den Rassismus für denkbar. Der Vertreter der Befreiungsbewegungen zeigte sich enttäuscht. Direktor *Sjollema* (Genf) gab noch am gleichen Abend in München bekannt, daß weitere umfassende Maßnahmen gegen den Rassismus geplant seien. Er legte allerdings den Akzent auf „Information zur Bewußtseinsbildung“ und wissenschaftliche Analysen. Anschließend veröffentlichte *E. A. Payne* auf einer eigenen Pressekonferenz vom 2. Dezember 1970 eine inhaltlich mit den vorstehend getrennt abgegebenen „Zwischenberichten“ übereinstimmende Presseerklärung. Sie ist im Wortlaut wenig ausführlicher und hat „nicht den Charak-

ter eines offiziellen Kommuniqués“, wie Landesbischof *Dietzfelbinger* darauf nochmals feststellte. Neu darin ist nur folgender Satz: „Sie nahmen ferner zur Kenntnis, daß einige der unterstützten Organisationen sich zu dem Wagnis verpflichtet gefühlt haben, ihnen widerfahrene Gewalt durch Gegengewalt zu beantworten. Dies hat theologische und praktische Probleme und Gewissensfragen aufgeworfen, die Unruhe und Unsicherheit in vielen Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates verursacht haben“ (epd, 3. 12. 70).

Unglücklich verlaufen?

Erstaunlich an diesen mageren Verlautbarungen ist, daß offenbar die Analyse des Rassismus-Programms zu kurz gekommen ist, weil man sich wieder einmal „in Zeitnot“ befand. Das mindert sowohl die Autorität der Organe des Weltrates der Kirchen wie der EKD. Folgt man dem Bericht des in der Regel hervorragend unterrichteten Korrespondenten der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (3. 12. 70), *K. A. Odin*, so ist die Konferenz „ausgesprochen unglücklich verlaufen“. Es ging bei der Diskussion vor allem um die Interpretation eines Dokumentes der Weltkirchenkonferenz von Uppsala zur Frage des Rassismus. Auf deutscher Seite wurde behauptet, man habe sich damals (nach den harten Anklagen von Präsident *Kawanda* und des Dichters *J. Baldwin*) nochmals auf Gewaltlosigkeit verpflichtet, während die Herren aus Genf, vor allem Blake, die Meinung vertraten, man habe sich 1968 in Uppsala „bereits für die Gewalt“, d. h. für ihre indirekte Unterstützung entschieden. Diese Frage kann freilich nicht durch nachträgliche „Dogmeninterpretation“ gelöst werden, sondern nur durch einen neuen theologischen Anfang an der Wurzel. Und da ist nicht zu übersehen, daß von jeher in der Kirchengeschichte hier der entscheidende Unterschied zwischen Christen lutherischen und reformierten Glaubens klafft. Es ist schwer zu sehen, wie da eine Lösung gefunden werden kann. Denn es müßte theologisch ein Einvernehmen darüber erzielt werden, wieweit das Evangelium und damit der Auftrag der Kirche Gnadenzuspruch ist — so die Lutheraner — und wieweit das Evangelium auch Gesetz ist — so die Reformierten. Gewalt ist es in keinem Fall.